

Die Erosion des männlichen Familiernährermodells

17.11.2010, [Lisa Haller](#) und [Jörg Nowak](#)

Anlass unseres Beitrags ist die Etablierung eines neoliberalen Feminismus im Zuge der familienpolitischen Trendwende in Deutschland seit 2002. Die Analyse familienpolitischer Reformen ergibt, dass diese einerseits auf die voranschreitende Auflösung des männlichen Familiernährermodells reagieren, andererseits die stattfindende Erosion vorantreiben. Kritisiert wird diese familienpolitische Trendwende bislang vornehmlich von konservativer Seite. Statt die sich auf neoliberale und konservative Argumente verengende Debatte fortzuführen, nutzen wir diesen Beitrag, um der Frage nachzugehen, welche Herausforderungen sich angesichts der familienpolitischen Neuausrichtung für einen linken Feminismus ergeben.

Reproduktions- und Lohnarbeit im männlichen Familiernährermodell

Geht man der Funktion von Sozial- und Familienpolitik in kapitalistischen Gesellschaften nach, wird schnell deutlich, dass infolge der Ausbreitung von Lohnarbeit und der damit einhergehenden Proletarisierung der Bevölkerung die Individuen ihr Arbeitsvermögen nicht mehr zur alleinigen Grundlage der Sicherung ihrer Reproduktion machen können. Zur Sicherung der Reproduktion bedarf es vielmehr einerseits der als elementar geltenden Reproduktionsarbeit, sowie andererseits einer zusätzlichen Lohnarbeit, mit der die Reproduktionskosten bestritten werden. Die Funktion von Sozial- und Familienpolitik ist es, zum einen für die partielle Freistellung einiger Bevölkerungsgruppen zur Verrichtung der elementaren Reproduktionsarbeit zu sorgen sowie zum anderen die kontinuierliche Eingliederung von Arbeitskräften in die marktvermittelte Lohnarbeit sicherzustellen. Nicht zuletzt hat Sozial- und Familienpolitik die Funktion, den Reproduktionsaufwand der gesamten Bevölkerung durch eine gewisse Umverteilung des über die marktvermittelte Lohnarbeit erzeugten Mehrwertes zu garantieren.

Im Gegensatz zu vergleichbaren kapitalistischen Staaten zeichnet sich die deutsche Familienpolitik bislang dadurch aus, dass sie einen relativ hohen Anteil an Reproduktionsarbeit in die Familie verlagert, wobei sie eine komplementäre Arbeitsteilung entlang der Zuordnung nach Geschlecht in der Familie voraussetzt. Dem männlichen Familiernährermodell entsprechend werden dabei Betreuungs- und Erziehungsaufgaben durch familienpolitische Leistungen unterstützt. Diese monetären Leistungen sind jedoch zu relativ großen Anteilen an eine Erwerbstätigkeit geknüpft. Dementsprechend setzt die sozialstaatliche Funktionslogik des Familiernährermodells ein Normalarbeitsverhältnis auf Seiten des männlichen Familiernährers voraus. Mit der relativen Zunahme von prekären Arbeitsverhältnissen steht eine komplementäre Arbeitsteilung zur Disposition, in der hauptsächlich der männliche Familiernährer die für die Subsistenz notwendigen Geldleistungen der abhängigen Familienangehörigen sicherte.

Die neue Familienpolitik

Seit Amtsantritt der zweiten rot-grünen Koalition mit Renate Schmidt (SPD) als Familienministerin gab es eine Wende der Familienpolitik, die von den Familienministerinnen Ursula von der Leyen und Kristina Schröder (CDU) weitergeführt wird. Das neue

familienpolitische Leitbild sieht eine Steigerung der weiblichen Erwerbsquote vor. Bis ins Jahr 2013 sollen bundesweit 230.000 zusätzliche Kinderbetreuungsplätze geschaffen werden. Bei der Vergabe von Gutscheinen für die Tagesbetreuung eines Kindes werden erwerbstätige und alleinerziehende Erziehungsberechtigte bevorzugt. Da erwerbstätige Eltern im Durchschnitt über ein höheres Familieneinkommen verfügen und besser qualifiziert sind als nicht erwerbstätige Eltern, wird also ausgerechnet jenen Eltern die Möglichkeit öffentlicher Kinderbetreuung verwehrt, die ohnehin zu den am stärksten benachteiligten Gruppen gehören.

Mit der Verabschiedung des einkommensabhängigen Elterngeldes, das statt des zuletzt zweijährigen Erziehungsgeldes nur für ein Jahr gezahlt wird, werden einkommensschwache Familien ebenfalls benachteiligt. Diese einkommensabhängige Leistung, die Erziehungsberechtigte 12 Monate nach der Geburt ihres Kindes in Höhe von 67 Prozent des bisherigen Nettoeinkommens beziehen, ist auf 14 Monate ausdehnbar, sofern sich der andere Elternteil an der Elternzeit beteiligt. Damit wird besser verdienenden Vätern ein Anreiz zur Übernahme von Fürsorgeverantwortung für ihre Kinder gegeben. Mit dem Elterngeld ist eine Umverteilung familienpolitischer Leistungen verbunden, die Geringverdienerinnen und Geringverdiener gegenüber der früheren Regelung benachteiligt. Am stärksten benachteiligt sind Empfängerinnen und Empfänger von ALG II, deren Elterngeld erst um die Hälfte gekürzt und ab 2011 komplett gestrichen werden soll. Hier wird das Dilemma der Familienpolitik deutlich: Während die frühere sozial gestaffelte Regelung eher das männliche Ernährermodell gestützt hat, bei dem schlecht verdienende Frauen stärker von männlichen Verdienern abhängig waren, verteilt die neue, prozentual am Einkommen orientierte Regelung die Leistungen so, dass die unteren 60 Prozent in der Einkommenshierarchie weniger als zuvor, Empfängerinnen und Empfänger von ALG II bald gar kein Elterngeld mehr erhalten (siehe auch Statement von Jenny Ulrich). In einem vergleichbaren Spannungsverhältnis bewegt sich auch die Reform des Unterhaltsrechts. Die neue Regelung bewirkt, dass zunächst das Kind und nicht der erziehende Elternteil unterhaltsberechtig ist. Weil der Kindesunterhalt im Einkommensteuerrecht ungleich weniger als der Ehegattenunterhalt absetzbar ist, verringert sich hierüber das Nettoeinkommen des Familienernährers. Dadurch kann insgesamt weniger Unterhalt an diejenige Familie ausgezahlt werden, in der das Kind lebt. Der betreuende Elternteil wird demnach häufiger von Sozialleistungen abhängig werden. Anders als beim Betreuungsunterhalt, auf den mehrheitlich Mütter vor dem Unterhaltsänderungsgesetz Anspruch hatten, ist der Bezug von ALG II an die Eingliederung in den Arbeitsmarkt gekoppelt. Die Reform des Unterhaltsrechts zielt folglich ebenso wie das Elterngeld und der Ausbau der Kindertagesbetreuung auf die Integration aller Erwerbsfähigen in den Arbeitsmarkt.

Die dargelegten familienpolitischen Reformen sind – weil sie auf eine Angleichung weiblicher Erwerbsbiographien an die von Männern abzielen und Hartz-IV-Empfangenden jegliche monetäre Unterstützung entziehen – Teil einer aktivierenden Arbeitsmarktpolitik.

Status Quo und die Herausforderungen an einen linken Feminismus

Die Monopolstellung des liberalen Feminismus wird insbesondere durch die Gleichstellungspolitik der ehemaligen Familienministerin Ursula von der Leyen deutlich. Alternative feministische Positionen sind derzeit weitgehend marginalisiert. Kritik am neoliberalen und wirtschaftsorientierten Charakter der neuen Familienpolitik kommt lediglich von konservativer Seite, so etwa von Eva Herman. Herman verweist darauf, dass in Familien die von allen Erwachsenen in Erwerbsarbeit verbrachte Zeit tendenziell ansteigt, und fordert mehr Zeit für eine von diesen Zwängen relativ abgeschottete Familienwelt. Dem zunehmenden Leistungsdruck soll nicht mit einer Umstrukturierung der Arbeitszeitmodelle begegnet werden, sondern mit der Abwehr des Doppel-Verdienermodells. Diese Position inszeniert sich als Stimme der ‚schweigenden Mehrheit‘, da die Doppelbelastung von Frauen im liberalen Feminismus nicht ernsthaft diskutiert wird. Die Legitimität des traditionellen Familienernährermodells wird bestätigt und das Problem der höheren Arbeitsbelastung

konservativ gelöst: Die Position ist ein Kompromiss aus konservativer Ideologie und proletarischen Bedürfnissen nach weniger Arbeit.

Der liberale Feminismus, der beispielsweise von der Autorin Thea Dorn und der FDP-Politikerin Silvana Koch-Mehrin vertreten wird, wendet sich gegen geschlechterhierarchische Strukturen und den nostalgischen Blick zurück auf die Hausfrauenehe. Die Emanzipation soll in neuer Form weitergeführt werden, beschränkt sich jedoch wie die herrschende Familienpolitik auf Maßnahmen, in deren vollen Genuss nur die relativ Privilegierten kommen. Mit den Problemen der gering qualifizierten Angestellten, die auch im Zuge des Ausbaus der Kinderbetreuung äußerst geringe Aufstiegschancen haben oder die erst gar keinen Arbeitsplatz finden, befasst sich der liberale Feminismus nicht. Die steigende Arbeitsbelastung, die sinkenden Löhne und fehlende Möglichkeiten des Aufstiegs und der Entfaltung im Beruf sind als Themen abwesend.

Die Position der liberalen Feministinnen repräsentiert die Perspektive und die Interessen des progressiven Bürgertums. Weil fast alle Veröffentlichungen aus diesem Lager eine offensive Stimmung des Aufbruchs verbreiten und Frauen ermutigen, sich gegen traditionelle Zuschreibungen zu wehren, hat diese Position Potenziale, auch Menschen aus anderen Schichten einzubinden. Auffällig ist, dass eines der klassischen Themen des ‚alten‘, Feminismus, die Doppelbelastung von Frauen, vollkommen ausgeblendet wird. Der liberale Feminismus verbindet neoliberale Elitenförderung mit einer Flexibilisierung der Geschlechterhierarchien.

Es stehen sich also zwei Positionen gegenüber: die erste ist konservativ und anti-neoliberal; die zweite feministisch und neoliberal. Vereinfacht gesagt, beobachten wir eine Frontstellung von Feminismus/Neoliberalismus vs. Familien/soziale Gerechtigkeit. In dieser Konstellation erscheint Widerstand gegen Marktzwänge als konservativ, Gleichstellung der Geschlechter hingegen als Elitenorientierung. Beide Positionen bieten Identifikationsangebote. Die real vielfältigen Familien- und Erwerbsarbeitsmodelle werden zu Modellkonstellationen reduziert, an denen sich die Bevölkerung orientieren und in die man sich politisch und ideologisch einordnen kann. Davon ausgehend lautet unsere These, dass ein linker Feminismus und eine linke gegenhegemoniale Position sich nur dann erfolgreich konstituieren können, wenn sie in der Lage sind, die Kritik der Konservativen an der Arbeitsbelastung und die Kritik der Liberalen an den Geschlechterhierarchien in herrschaftskritischer Weise zu verbinden. Der ehemals tonangebende linke Feminismus verfolgt derzeit kein klar erkennbares Projekt. Viele seiner ehemaligen Protagonistinnen versuchen eher, im Rahmen der historisch gesehen relativ fortschrittlichen neuen Politik Akzente zu setzen.

Damit droht aber Feminismus insgesamt das Image eines ‚Feminismus der Besserverdienenden‘ zu erhalten, während die Sorgen der Unterdrückten mit der Ideologie der ‚Familienfreundlichkeit‘ durch die katholischen Ultras aufgegriffen werden. Hier wäre eine dritte Position eines neuen linken Feminismus gefragt, der gleichermaßen gegen Geschlechterhierarchien und gegen neoliberale Umverteilung mobilisiert. Die Herausforderung an einen linken Feminismus der Zukunft wird daher in der Etablierung einer dritten Position gegenüber konservativen Positionen einerseits und neoliberalen Positionen andererseits bestehen und damit in der Überwindung der Vorstellungen, mit einer ideologischen Aufwertung von Reproduktionsarbeit oder einer Arbeitsmarktaktivierung von Frauen könne die Gleichstellung der Geschlechter erreicht werden.